

«Krise erinnert an die 30er-Jahre»

Der Historiker Paul Nolte erkennt in Deutschland heute eine quasirevolutionäre Unruhe - ähnlich wie in der Vor-Hitler-Zeit. Systemverächter von rechts und links bedrängten die westliche Demokratie.

Mit Paul Nolte sprach Dominique Eigenmann in Berlin

In Deutschland etabliert sich eine rechtspopulistische Partei. Die politische Landschaft ist in Bewegung geraten wie nie mehr seit der Gründung der Grünen in den 80er-Jahren. Was passiert hier?

Was wir jetzt erleben, ist eine Entwicklung, die sich seit dreieinhalb Jahrzehnten angebahnt hat, nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa. Wir beobachten, dass Parteiensysteme erodieren und neu erfunden werden, instabiler als zuvor. Deutschland nahm in dieser Entwicklung bis vor kurzem noch eine stabile Mittelposition ein. Aber damit ist es jetzt vorbei.

Erstaunlich ist vor allem das Tempo.

Ja. Die Grünen haben in Deutschland noch Jahrzehnte gebraucht, um in der politischen Mitte anzukommen. Der Durchbruch der Alternative für Deutschland, die seit letztem Sommer sozusagen von null auf 15 Prozent oder mehr gesprungen ist, verlief im Vergleich geradezu handstreichartig.

Gibt es in der Geschichte Parallelen?

Was die Dramatik der Entwicklung angeht, muss man weiter zurückblicken als in die 80er-Jahre, nämlich in die Weimarer Republik der 20er- und frühen 30er-Jahre. Unabhängig vom Programm, das eine Partei vertritt, irritiert es einen Historiker, wenn eine neue Formation aus dem Stand 24 Prozent der Stimmen erobert, wie die AfD in Sachsen-Anhalt im März. Darin drückt sich eine quasirevolutionäre Unruhe aus.

Ist der Vergleich mit der Vor-Hitler-Zeit nicht überzogen?

Was die Überraschungsdynamik angeht, nicht. Die erinnert tatsächlich an die Rasanzen, mit der sich die Nationalsozialistische Partei politisch durchgesetzt hat. Erst hatte die NSDAP 18 Prozent, dann auf einmal 30, und bald war Regieren gegen sie faktisch unmöglich. Heute weiss auch niemand, wo der Aufstieg der AfD einmal eine Grenze finden wird. In Österreich holte der Präsidentschaftskandidat der Rechtspopulisten die Hälfte der Stimmen.

Gibt es weitere Ähnlichkeiten?

Strukturell durchaus. Wir erleben derzeit in ganz Europa, dass Demokratien instabil werden. Diese Instabilität mündet aber - und das ist ein wichtiger Unterschied - bisher nicht in den offenen Kollaps, sondern höhlt die Systeme von innen aus. Doch wie in der «Grossen Krise der Demokratie», wie ich die 20er-Jahre gerne nenne, werden demokratische Selbstverständlichkeiten infrage gestellt.

Ist die AfD denn faschistisch?

Nein. Diese Partei ist in Bewegung und in sich widersprüchlich, aber faschistisch würde ich sie nicht nennen. Dennoch: Es gibt in ihr Politiker, die von einer völkischen Revolution träumen. Und widersprüchlich und vielgestaltig waren die Nationalsozialisten zu Beginn auch. Man kann auch eine Ähnlichkeit darin sehen, dass beide in gewisser Weise einen Extremismus der Mitte verkörpern, der nicht mehr ins klassische Schema von links und rechts passt.

In den 20er-Jahren stürzte die Welt in eine schwere Wirtschaftskrise. Ist heute die Krise der Globalisierung ein Grund dafür, dass die Demokratien unter Druck geraten?

Vielleicht. Gleichzeitig ist es ja keineswegs so, dass Globalisierung heute zum Nachteil des Westens verläuft. Der Rückschlag ist mehr kultureller Art. Vielleicht kann man sagen, dass das, was Globalisierung bedeutet - Freihandel, aber auch Migration - heute erstmals wirklich in den Köpfen der Menschen angekommen ist. Und erstmals scheinen sie sich zu fragen: Will ich das überhaupt? Auch darin zeigt sich eine Parallele zur Krise der 20er-Jahre: Vielen Menschen fällt es schwer, Modernität zu bewältigen. Es geht um eine eigentliche Krise des Weltverstehens.

Verunsichert die Wirtschaft die Menschen? Oder ist das Unbehagen kultureller Art?

Beide Dimensionen sind vital, die sozioökonomische wie die soziokulturelle. Heute stellt man einerseits fest, dass viele Menschen den modernen Ka-

Grüner Neokonservativer

Paul Nolte

Der 53-Jährige ist einer der bedeutendsten jüngeren Historiker Deutschlands. Politisch bezeichnete er sich einmal als «Neokonservativer mit Sympathie für schwarz-grüne Bündnisse». Seit 2005 lehrt er an der Freien Universität in Berlin. (de)



«AfD-Wählern möchte man zurufen: Die Gefahr droht von innen!», sagt Paul Nolte. Foto: Malte Jäger (Laif)

pitalismus nicht mehr wiedererkennen. Andererseits verstehen viele nicht, warum beispielsweise Schwule jetzt auch heiraten dürfen. Die gesellschaftliche Liberalisierung hat in den vergangenen Jahrzehnten nochmals einen grossen Schub erhalten. Nun zeigt sich erstmals breiter Widerstand dagegen.

Deutschlands Wirtschaft boomt. Formiert sich deswegen der Protest hier vor allem als eine Art kulturelle Konterrevolution von rechts?

Jedenfalls ist der Protest anders gelagert als in Griechenland, wo die Menschen vom Bankrott ihres Staates bedroht sind und deswegen die sozialistische Linke wählen. Deutschland ist im Vergleich dazu offensichtlich ein Gewinner der Globalisierung. Die Unterschiede zwischen Reich und Arm sind zwar gewachsen, aber der Mitte geht es so gut, dass der Alarmismus, den man überall hört - «Hilfe, wir fallen immer weiter zurück» -, jeder Grundlage entbehrt. Die Verluste der Bürger, die sich für ökonomische Verlierer halten, sind häufig nicht wirkliche Verluste, sondern gefühlte oder befürchtete.

Frappant ist, dass sich der Protest von rechts besonders auf dem Land zeigt und ausdrücklich gegen die Städte richtet.

Sozialgeschichtlich ist auch diese Opposition eine, die wir bereits in den 20er- und 30er-Jahren erlebt und seither mehrheitlich überwunden geglaubt haben. Damals war die Kluft zwischen einer modernen Metropole wie Berlin mit ihren gesellschaftlichen Freiheiten und der rückständigen Provinz gewaltig. Es war wie eine Kluft zwischen verschiedenen Jahrhunderten. Seither haben die Unterschiede enorm abgenommen, dennoch tritt der Widerspruch nun wieder mit Macht auf die politische Bühne. Gerade in Ostdeutschland wendet sich der Provinzler rabiat gegen die multiethnischen, multi-sektuellen Werte der Metropole und findet dafür im Rechtspopulismus eine Heimat.

«Aus einem Rassisten wird kein Demokrat, nur weil wir das soziale Füllhorn über ihm ausschütten.»

Was ist die AfD überhaupt für eine Partei?

Eine merkwürdige und widersprüchliche. Sie ist eine Art Chamäleon, das je nach Umgebung verschiedene Farben zeigt. Das hat damit zu tun, dass sie auf einem Umweg geworden ist, was sie heute ist. Gegründet wurde sie als Professorenpartei gegen den Euro, in einem hochbürgerlichen Milieu. Ihr Apell ging aber weit über den Euro hinaus, indem sie generelle Ressentiments gegen Politik und Staat ansprach, die bei Akademikern erstaunlich weit verbreitet sind. Diese Strömung, die den bürgerlichen Konservatismus neu definieren will, wirkt in der Partei immer noch fort.

In der Flüchtlingskrise hat die AfD nun aber noch ein viel grösseres Reservoir angebohrt.

Ja. Nach ihrer Häutung im vergangenen Jahr ist sie gleichzeitig zur Partei des kleinbürgerlich-proletarischen Aufstands der Frustrierten geworden. Sie gibt jenen Bürgern Heimat, die System und Eliten verachten, Fremde draussen halten wollen und sich ins Gewand des völkischen Nationalismus hüllen. In dieser Allianz von hohem Bürgertum und Proletentum ist die AfD heute Protest von Eliten und Aufstand gegen die Eliten zugleich.

War die Flüchtlingskrise ein «Geschenk des Himmels» für die AfD, wie einige ihrer Politiker sagten?

Das Thema hat jedenfalls wie ein Brandbeschleuniger gewirkt. Viele AfD-Wähler fremdeln mit einer Umgebung, die kulturell nicht mehr homogen ist. Dieses Unbehagen, das sich nicht selten unverhohlen rassistisch äussert, ist ein zentrales Motiv der Partei. Es ist ein Gefühl der gestörten Ordnung, verbunden mit dem Willen, diese wiederherzustellen.

Deutschland schaffe sich gerade ab, glauben viele AfD-Wähler.

Es gibt tatsächlich viele Untergangsfantasien. Das sind zwar Fantasien, aber gleichzeitig sind sie eben auch Ausdruck einer ernststen Krise des Vertrauens. Man möchte den Menschen immer zurufen: «Eure Welt ist viel stabiler, als ihr denkt! Und wenn das Althergebrachte in Gefahr ist, das christliche Abendland zum Beispiel, dann von innen, weil es nicht mehr geliebt wird. Nicht von aussen.» Aber das nützt wenig, weil diese Menschen für Argumente unerreicherbar sind.

Gibt es den Kulturbruch überhaupt, den die neuen Rechten beklagen?

Ja. Nur ist er eher eine Folge der innerwestlichen Modernisierungstendenzen als eines Konflikts der Kulturen oder Religionen. Es ist kein Zufall, dass der Islam ausgerechnet in säkularisierten Gesellschaften als Bedrohung empfunden wird. Und die «Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes» kämpfen angeblich für das christliche Erbe, dabei wissen viele selbst nicht, was Ostern oder Pfingsten bedeuten. Den Kulturbruch aber projizieren sie von innen nach aussen. In dieser Hinsicht ähneln die Abendlandkämpfer frappant den islamischen Fundamentalisten, die die Welt genauso sehen: als bedroht durch die Dynamik westlicher Freiheit.

Der Antifeminismus ist ein starkes Motiv dieser neuen Rechten, gut zu sehen auch bei Donald Trump. Wie erklären Sie das?

Eine mächtige Gegenbewegung zur Gleichberechtigung der Frauen hat eingesetzt. Viele Männer kommen mit der Emanzipation der Frauen nicht zurecht. Sie fürchten, dass sie selber zurückfallen. Deswegen greifen sie nun den Feminismus frontal an und wollen seine Errungenschaften rückgängig machen. Ich bin jedenfalls erstaunt über das Mass an Frauenfeindlichkeit, das in diesen neuen rechtspopulistischen Parteien steckt.

Alle sprechen von der Krise der Sozialdemokratie. Tatsächlich geht es den Christdemokraten nicht viel besser. Trifft die Krise nicht eher die ganze politische Mitte?

Heute stehen sich in der Politik zunehmend die Systemvertrauer und die Systemskeptiker oder -verächter gegenüber. Die einen sammeln sich in der Mitte, die anderen an den Rändern. Das ist die neue Achse, um die sich alles dreht. Bei den Systemvertrauern ist es tatsächlich zweitrangig geworden, ob sie eher aus einer sozialdemokratischen, christdemokratischen oder grünen Tradition stammen. Vor allem die Karriere der Grünen ist in dieser Hinsicht spektakulär: Dass ausgerechnet Politiker der vagen linken Bürgerlichkeit wie Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg oder Alexander Van der Bellen in Österreich das Lager der liberalen Systemvertrauer gegen die antiliberalen, autoritären Systemverächter anführen, ist doch bemerkenswert.

Wenn sich zunehmend Volksparteien und Parteien, die «Wir sind das Volk» skandieren, gegenüberstehen, wie kann denn aus Systemskopsis wieder Vertrauen werden?

Das ist wohl die schwierigste Frage. Jedenfalls scheint mir die Entwicklung kein kathartischer Prozess zu sein, das heisst eine Krise, durch die man einfach hindurchmuss, und danach ist es wieder gut. Andererseits bin ich davon überzeugt, dass an der Systemkritik der Populisten im Grunde nicht viel dran ist. Und ich sehe auch nirgends überzeugende Alternativen. Die Politik muss soziale Verlustängste und die Suche nach sozialer Gerechtigkeit ernst nehmen. Aber aus einem Rassisten wird noch lange kein Demokrat, nur weil wir das soziale Füllhorn über ihm ausschütten.

Es gibt in Europa mittlerweile eine starke Internationale der Nationalen. Eine Internationale der Liberalen aber gibt es nicht. Weshalb?

Vielleicht sind es die Liberalen nicht mehr gewohnt, dass sie um ihre Freiheiten und Werte kämpfen müssen. Vielleicht fehlt es ihnen an Leidenschaft. Ich weiss es nicht. Aber an der Zeit für einen Schulterschluss wäre es.



Interview Das Gespräch in ganzer Länge

nolte.tagesanzeiger.ch